Universitäts- und Hansestadt Greifswald 02.04.2012
Kanzlei der Bürgerschaft

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 24. Sitzung
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 2. April 2012

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 20:28 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

Dr. Gerhard Bartels
Ursula Behrendt
Ulrike Berger
Dr. Ullrich Bittner
André Bleckmann
Norbert Braun
Ulf Burmeister
Erich Cymek
Dr. Frauke Fassbinder
Dr. Stefan Fassbinder
Professor Dr. Frank Hardtke
Marion Heinrich
Axel Hochschild
Torsten Hoebel
Wolfgang Jochens
Prof. Dr. Wolfgang Joecks
Dr. Jörn Kasbohm
Dr. Andreas Kerath
Edda Krille
Christian Kruse
Dr. Lüer Kühne
Marian Kummerow
Jürgen Liedtke
Egbert Liskow
Franz-Robert Liskow
Dirk Littmann
Wilfried Lüthen
Dr. Thomas Meyer
Peter Multhauf
Christian Pegel
Christian Radicke
Karl-Dieter Schmidt
Birgit Socher
Ludwig Spring
Dr. Rainer Steffens
Dr. Harald Stegemann
Mechthild Thonack
Ingo Ziola

Entschuldigt :

Thomas Mundt
Sebastian Ratjen
Anja Reuhl
Angelika Richter

Tagesordnung

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit	
2.	Bestätigung der Tagesordnung	
3.	Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner	
4.	Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen	
5.	**Diskussion von Beschlussvorlagen**	
5.1.	Umbesetzung Ausschüsse ***CDU-Fraktion***	B438-24/12
5.2.	Besetzung der Ortsteilvertretung Schönwalde II ***Bürgerliste Greifswald***	B439-24/12
5.3.	Betreiberkonzept zum "Bio- und PlasmaTechnikum" ***Dez. I , Amt 20***	
5.4.	Entscheidung über die weitere Vorgehensweise bei den Verhandlungen mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Rückholung der Schulträgerschaft (Gymnasien, IGS, Abendgymnasium, Förderschule) ***Dez. III***	B441-24/12
5.5.	1. Änderungssatzung zur Hafengebührensatzung ***CDU-Fraktion***	B442-24/12
5.6.	Satzung über die Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ***Dez. III, Amt 40***	B443-24/12
5.7.	Ehrenamtskarte ***SPD-Fraktion***	
5.8.	Zukunft der Förderung der Träger der freien Wohlfahrtspflege sowie der freien Träger im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ***FDP-Fraktion, Die Linke***	B444-24/12
5.9.	Architektenwettbewerb und Raumkonzeption unter der Voraussetzung des inklusiven Unterrichts für den Neubau der Kollwitz-Grundschule ***Bündnis 90 / Die Grünen***	B445-24/12
5.10.	Prüfauftrag: Eignung der Stralsunder Str. 10/11 als Standort für die Musikschule Greifswald ***Bündnis 90 / Die Grünen***	B446-24/12
5.11.	Bebauungsplan Nr. 98 - KAW- Gelände -; Aufstellungsbeschluss ***Dez. II, Amt 60***	B447-24/12
5.12.	Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße –, Satzungsbeschluss ***Dez. II, Amt 60***	B448-24/12
5.13.	Bebauungsplan Nr. 29 – Gützkower Landstraße –, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (3. Durchgang) ***Dez. II, Amt 60***	B449-24/12
5.14. TV	Umbesetzung Zweckverband Sparkasse Vorpommern ***CDU-Fraktion***	B440-24/12
6.	Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt	
7.	Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft	
8.	Mitteilungen des Präsidenten	
9.	Bestätigung der Niederschrift vom 20.02.2012	
10.	Schluss der Sitzung	

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die 24. Sitzung der Bürgerschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 36 anwesenden Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig.
Da Frau Worm von der Linksfraktion ihr Mandat zurückgegeben hat, wird zukünftig Herr Marian Kummerow das Nachfolgemandat wahrnehmen.
Der Präsident verpflichtet Herrn Kummerow per Handschlag zur gewissenhaften Arbeit als Mitglied der Bürgerschaft und zur Einhaltung der Kommunalverfassung, der Hauptsatzung sowie der Geschäftsordnung der Bürgerschaft

Der Präsident informiert, dass Frau Angela Leddin (FDP-Fraktion) ihr Mandat aus persönlichen Gründen zurückgegeben hat. Deshalb sind derzeit nur 42 stimmberechtigte Mitglieder in der Bürgerschaft.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König und seine beiden Stellvertreter, Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident informiert über eine Tischvorlage der CDU-Fraktion zur Umbesetzung des Zweckverbandes der Sparkasse Vorpommern. Er schlägt vor, dies als TOP 5.14 einzuordnen und zwischen TOP 5.2 und 5.3 zu behandeln.
Die SPD-Fraktion zieht den Tagesordnungspunkt 5.7 zurück. Die Beschlussvorlage zur Ehrenamtskarte soll im nächsten Sitzungszyklus erneut eingeordnet werden.

Der Präsident lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen beschlossen

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Klaus Bluhm:
Herr Blum regt an, die ehemalige REWE-Kaufhalle in der Hertz-Straße im Ortsteil Schönwalde I/Südstadt zu einem kulturellen Zentrum umzubauen. Die Ortsteilvertretung hat den Vorsitzenden der OTV beauftragt, mit der Stadtverwaltung Kontakt aufzunehmen. In diesem Objekt könnten dann weitere Einrichtungen wie z.B. der Literatursalon oder das Behindertenforum untergebracht werden.
Er schlägt vor, das Geld, das für die Diagonalquerung vorgesehen war, hierfür zu verwenden oder die Gewinnabführung der WVG mbH an die Stadt.

Der Oberbürgermeister nimmt die Anregung von Herrn Blum auf.

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben drei Fragen zum Stand der Verhandlungen mit der Gemeinde Wackerow eingereicht. Der Oberbürgermeister nimmt die Beantwortung vor. Die Fragen und deren Beantwortung werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Unter Mitteilungen des Oberbürgermeisters hatte Herr Dr. König vor, aufgrund der kurz vor der Sitzung von Frau Berger abgereichten Fragestellung zur Errichtung des Caspar-David-Friedrich-Hauses zu informieren.
Der Minister Brotkorb weilte am Freitag zu einer anderen Thematik in Greifswald und der Oberbürgermeister nutzte diese Gelegenheit zu einem Gespräch.
Mittel für das C-D-F-Haus in Greifswald sind im Haushalt des Landes nicht vorgesehen. Der Oberbürgermeister empfiehlt, den Beschluss der Greifswalder Bürgerschaft zum C-D-F-Haus vom 12.04.2010 nicht aufzuheben. Herr Dr. König sieht in den Beschlüssen eine Zielvorgabe, ähnlich sieht man das im Ministerium, falls sich die finanzielle Situation verbessern sollte. Vorgesehen waren einmal zwei Förderprogramme: EFRE-Programm und Kulturförderung Ost.
Im Zusammenhang mit der Antragstellung kann Greifswald kein Vorwurf gemacht werden, da Antragsteller für das Kulturförderungsprogramm Ost das Land ist.
Es wird derzeit überlegt, ob und in welcher Weise auf die Ausführungen des Ministers in der Fragestunde des Landtages am 02.02.2012 reagiert werden solle.

Zu TOP: 5 Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 5.1 Umbesetzung Ausschüsse
B438-24/12

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neuer Stellvertreter im Sportausschuss wird Herr Konrad Ulbrich statt Herrn Christian Voss ernannt.

Abstimmungsergebnis: bei 37 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.2 Besetzung der Ortsteilvertretung Schönwalde II
B439-24/12

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Für die Fraktion Bürgerliste Greifswald wird Frau Franziska Weiß Mitglied in der Ortsteilvertretung Schönwalde II.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.14 Umbesetzung Zweckverband Sparkasse Vorpommern
B440-24/12

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neues Mitglied im Zweckverband der Sparkasse Vorpommern wird Herr Dr. Rainer Steffens statt Herrn Dr. Axel Schmidt ernannt.

Abstimmungsergebnis: bei 35 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.3 Betreiberkonzept zum "Bio- und PlasmaTechnikum"

Der Oberbürgermeister bringt die Informationsvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Als Gäste sind Herr Dr. Blank; Geschäftsführer des Biotechnikums, und Herr Kokowsky, Geschäftsführer des Technologiezentrums, anwesend.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch, in dem sich Herr Dr. Bartels, Herr Hoebel, Herr Multhauf, Herr Wille, Herr Dr. Kühne, Herr Dr. Kasbohm und Herr Hochschild zu Wort melden, lässt der Präsident über folgende Informationsvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt den erreichten Arbeitsstand der Verwaltung zur Umsetzung des Beschlusses B276-14/11 vom 21.02.2011, der die Errichtung eines Plasmatechnikums als Forschungs-, Dienstleistungs- und Gründerzentrum in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in Verbindung mit der Erweiterung des BioTechnikums betrifft, zur Kenntnis. In diesem Zusammenhang befindet sich in der Anlage das detaillierte Betreiberkonzept zum Gesamtprojekt „Bio- und PlasmaTechnikum Greifswald“. Daraus ergeben sich folgende aktualisierte Arbeitsschritte:

1. Einordnung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan 2012 in Höhe von 830.000 EUR für die Beauftragung konkreter Planungsleistungen.
2. Fortsetzung der Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium M-V in Vorbereitung einer GA-Fördermittelbeantragung für die Umsetzung des Investitionsvorhabens.
3. Aufnahme der Grundstücksverhandlungen mit der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald zum Erwerb von Flächen für die Errichtung des Bauwerkes und ggf. für Stellplätze.

Abstimmungsergebnis: bei 33 Stimmen dafür und 4 Stimmenthaltungen zur Kenntnis genommen
Herr Multhauf hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP: 5.4 Entscheidung über die weitere Vorgehensweise bei den Verhandlungen mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Rückholung der Schulträgerschaft (Gymnasien, IGS, Abendgymnasium, Förderschule)
B441-24/12

Herr Dembski bringt die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und nimmt die Begründung vor. Dabei geht der Senator besonders auf die Schulträgerschaft ein. Greifswald ist mit dem Entfall der Kreisfreiheit die Schulträgerschaft durch die Landesregierung genommen worden und damit eine Reihe von Finanzierungsmöglichkeiten. Sollte sich die Bürgerschaft für eine Rückholung entscheiden, wäre das keine freiwillige, sondern ein Pflichtaufgabe. Herr Dembski spricht die damit verbundenen Risiken, insbesondere was die zukünftige finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt betrifft, an. Gefordert ist nun der politische Raum, sich für eine der von der Verwaltung vorgeschlagenen Alternative zu entscheiden. Der Senator merkt an, dass sich der Finanzausschuss des Kreises für den Punkt 2. mit großer Mehrheit entschieden hat. Herr Dembski betont, wie wichtig es für die

Zukunft ist, dass die Bürgerschaft heute eine Entscheidung trifft, damit die Verwaltung für die weiteren Verhandlungen eine klare Linie hat.

Herr Wille erläutert die finanziellen Rahmenbedingungen für die Rückholung der Schulträgerschaft. Ein wesentlicher Grundgedanke für die Verhandlungen war, dass es eine gewisse Kalkulierbarkeit, eine gewisse Steuerfähigkeit des Angebotes gibt. Dabei verweist er auf die der Vorlage beigefügten Anlagen. Als Kämmerer hat Herr Wille natürlich immer den Haushaltsausgleich im Blick.
Das Thema der Förderschule ist nicht Auftrag für die Verhandlungen gewesen. Die Vertreter des Landkreises haben aber deutlich gemacht, dass die Förderschule ein sehr wichtiges Thema ist. Die Bürgerschaft sollte ein deutliches Signal geben, ob die Förderschule mitverhandelt werden soll.

Herr Hochschild teilt mit, dass sich seine Fraktion nicht auf eine einheitliche Meinung verständigen konnte. Persönlich spricht sich Herr Hochschild gegen die Rückholung der Schulträgerschaft aus. Das Geld, das Greifswald in der Vermögensauseinandersetzung bekommt, soll vernünftig für alle Greifswalder Schulen eingesetzt werden.

Herr Multhauf spricht sich im Rahmen der Diskussion für eine Rückholung der Schulen aus. Mit der Vorlage der Verwaltung wurde der Kreis gewissermaßen gezwungen, die Verhandlungen aufzunehmen. Herr Multhauf hofft durch die gemeinsame Sitzung beider Bildungsausschüsse der Stadt und des Kreises am 04.04.2012 einen identischen Beschluss zustande zu bringen.
Im Rahmen seines Redebeitrages beantragt Herr Multhauf das Rederecht für die Vorsitzende des Bildungsausschusses des Kreises, Frau Witt.

Herr Pegel spricht für den Greifswalder Bildungsausschuss, den Finanzausschuss des Kreises und auch die SPD-Fraktion. Herr Pegel hebt hervor, dass jetzt der Zeitpunkt für die Entscheidung gekommen ist: „jetzt oder nie“. Im Rahmen seines Diskussionsbeitrages spricht er sich für die Rückholung der Schulträgerschaft aus.

Auch Herr Hoebel spricht sich im Rahmen der Diskussion für die FDP-Fraktion für den Punkt 2. der Beschlussvorlage aus.

Für die Bürgerliste spricht sich auch Herr Burmeister im Rahmen der Diskussion für die 2. Alternative der Beschlussvorlage aus.

Herr Radicke beantragt für den Beigeordneten des Kreises, Herrn Gutgesell das Rederecht.

Der Präsident lässt darüber abstimmen, Frau Witt und Herrn Gutgesell das Rederecht zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: Rederecht für Frau Witt
mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen
beschlossen

Abstimmungsergebnis: Rederecht für Herrn Gutgesell
mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen
beschlossen

Herr Gutgesell, Beigeordneter des Landkreises, bringt zum Ausdruck, dass die Rückübertragung der Schulträgerschaft an die Stadt Greifswald von beiden Seiten immer gewollt war. Das kann aber nur auf Antrag von Greifswald passieren.

Der Kreis muss entscheiden, ob er diesen Antrag auf Rückübertragung der Schulen annimmt. Die beiden Verwaltungen der Stadt und des Kreises können sich zwar austauschen, aber der politische Raum muss darüber entscheiden.
Bezüglich der Förderschule betont Herr Gutgesell, dass die Verwaltung dem Kreistag empfehlen wird, die Förderschule beim Landkreis zu belassen.

Für den Bildungsausschuss des Landkreises bringt die Vorsitzende, Frau Witt ihre Position zum Ausdruck.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Herr Dr. Kerath den Geschäftsordnungsantrag, über folgende zwei alternative Punkte der Beschlussvorlage namentlich abzustimmen:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald strebt die Rückholung der Schulträgerschaft für die Gymnasien und die integrierte Gesamtschule nicht mehr an und beabsichtigt dafür, aus einem Teil des Vermögenserlös für die Schulgebäude Jugend- und Sozialarbeit und kulturelle Projekte an den Schulen zu finanzieren.

   Oder alternativ

2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt strebt weiterhin die Rückholung der Schulträgerschaft der Gymnasien, einschließlich Abendgymnasium und der Integrierten Gesamtschule zu den in Anlage 1 genannten finanziellen Bedingungen an.

Dr. Bartels	Gerhard	2
Behrendt	Ursula	2
Berger	Ulrike	2
Dr. Bittner	Ullrich	2
Bleckmann	André	2
Braun	Norbert	2
Burmeister	Ulf	2
Cymek	Erich	2
Dr. Fassbinder	Stefan	2
Dr. Fassbinder	Frauke	2
Dr. Hardtke	Frank	2
Heinrich	Marion	2
Hochschild	Axel	1
Hoebel	Torsten	2
Jochens	Wolfgang	2
Dr. Joecks	Wolfgang	2
Dr. Kasbohm	Jörn	2
Dr. Kerath	Andreas	2
Krille	Edda	2
Kruse	Christian	1
Dr. Kühne	Lüer	1
Kummerow	Marian	2
Liedtke	Jürgen	1
Liskow	Franz-Robert	Enthaltung
Liskow	Egbert	Enthaltung
Littmann	Dirk	2
Lüthen	Wilfried	2
Dr. Meyer	Thomas	Enthaltung
Multhauf	Peter	2
Pegel	Christian	2

Radicke	Christian	2
Schmidt	Karl-Dieter	2
Socher	Birgit	2
Spring	Ludwig	Enthaltung
Dr. Steffens	Rainer	1
Dr. Stegemann	Harald	2
Thonack	Mechthild	Enthaltung
Ziola	Ingo	2

Abstimmungsergebnis: **bei 28 Stimmen für Punkt 2.**,
5 Stimmen für Punkt 1. und 5 Stimmenthaltungen
fasst die Bürgerschaft folgenden Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt strebt weiterhin die Rückholung der Schulträgerschaft der Gymnasien, einschließlich Abendgymnasium und der Integrierten Gesamtschule zu den in Anlage 1 genannten finanziellen Bedingungen an.

Zu TOP: 5.5 Änderung der Hafengebührensatzung
B442-24/12

Herr Bleckmann zeigt an, dass er weder an der Beratung noch an der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt teilnimmt.

Herr Dr. Bittner möchte wissen, ob es noch juristische Probleme geben könnte.
Daraufhin erklärt Herr Wixforth und darauf legt er besonders großen Wert, dass mit diesem Beschlussvorschlag nicht automatisch die Satzung geändert wird. Die Verwaltung muss Gelegenheit bekommen, eine vernünftige Beschlussvorlage in Form einer Änderungssatzung vorzubereiten, die die notwendigen Punkte erhält, um rechtssicher zu sein. In der vergangenen Woche gab es eine gerichtliche Entscheidung, wodurch die bisherige Satzung für nichtig gehalten wurde.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der Präsident folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Änderungssatzung zur Hafengebührensatzung vorzulegen, in der § 7 Abs. 1 Nr. 7 der Hafengebührensatzung gestrichen wird und der räumliche Geltungsbereich der Satzung neu definiert wird.

Abstimmungsergebnis: bei 36 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung
beschlossen

Zu TOP: 5.6 Satzung über die Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B443-24/12

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Aufhebung der Satzung über die Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 14.02.2005 und die geänderte „Satzung über die Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ auf der Grundlage der Kreisgebietsreform.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.7 Ehrenamtskarte

- zurückgezogen und in den nächsten Sitzungszyklus verwiesen

Zu TOP: 5.8 Zukunft der Förderung der Träger der freien Wohlfahrtspflege sowie der freien Träger im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit
B444-24/12

Der Vorsitzende des Jugend- und Sozialausschusses, Herr Kummerow bringt die Vorlage ein und nimmt die Begründung vor.
Das Problem bestand darin, dass dieses wichtige Thema als Tischvorlage der FDP-Fraktion in die Sitzung eingebracht wurde.

Der Präsident stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, seine Vorstellungen zu zukünftigen Richtlinien zur Förderung
a) der Träger der freien Wohlfahrtspflege und Selbsthilfegruppen sowie
b) der freien Träger und Initiativen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit
auf der nächsten Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales am 23. April diesen Jahres zur Diskussion zu stellen.

2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, ein Konzept für gemeinsame Treffen der Verwaltung und evtl. anderer Akteure mit
a) den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und Selbsthilfegruppen sowie
b) den freien Trägern und Initiativen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit
auf der nächsten Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales am 23. April diesen Jahres darzustellen. Die Intention derartiger Treffen, die für Mai / Juni vorzubereiten sind, ist der Einstieg in eine zielorientierte Diskussion über Leistungserbringung und Leistungsvergütung sowie deren vertragliche Regelung in oben genannten Arbeitsbereichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 9 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.9 Architektenwettbewerb und Raumkonzeption unter der Voraussetzung des inklusiven Unterrichts für den Neubau der Kollwitz-Grundschule
B445-24/12

Herr Dr. Fassbinder bringt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch zwischen Herrn Dr. Bittner, Herrn Multhauf und Herrn Hochheim lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
Für den Neubau der Kollwitz-Grundschule wird ein Architektenwettbewerb durchgeführt.
Wichtige Grundlagen des Wettbewerbs sollen energetische Vorgaben, optimierte

Bewirtschaftungskosten und ein mit den Nutzern abgestimmtes Raumkonzept sein, das die Vorgaben des inklusiven Unterrichts berücksichtigt. Der Erhalt des historischen Gebäudes Ecke Friedrich-Loeffler-Straße / Knopfstraße soll von den Wettbewerbsteilnehmern als Option geprüft werden.

Abstimmungsergebnis: bei 5 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP: 5.10 Prüfauftrag: Eignung der Stralsunder Str. 10/11 als Standort für die Musikschule Greifswald
B446-24/12

Die Einbringung und Begründung der Vorlage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolgt durch Frau Dr. Fassbinder.

Nach einer kurzen Diskussion, in der Herr Dembski, Herr Hoebel, Herr Dr. Kühne, Herr Dr. Fassbinder und Herr Multhauf sprechen, lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob ein Umzug der Musikschule in das Gebäude Stralsunder Straße 10/11 unter Aspekten der Kapazitätserweiterung und der Wirtschaftlichkeit generell sinnvoll und möglich ist.
Das Ergebnis dieser Prüfung ist dem Finanz- und dem Bildungsausschuss zur Sitzung im August vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: bei 6 Ja-Stimmen und 8 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP: 5.11 Bebauungsplan Nr. 98 - KAW- Gelände -; Aufstellungsbeschluss
B447-24/12

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 98 - KAW- Gelände - wie folgt:

1. Für das Gebiet des ehemaligen KAW- Geländes an der Bahnhofstraße (Abgrenzung gem. Plan der Anlage 1) soll gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Ziel des Bebauungsplans soll die städtebauliche Neuentwicklung des Areals sein, welches sich z. Z. als unbeplanter Innenbereich darstellt. Dabei soll neben der Stärkung der Wohnsituation des Innenstadtbereichs vordergründig die Entwicklung eines Sondergebiets als innenstadtnahes Einzelhandelszentrum im Vordergrund stehen.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 BauGB soll durch einen öffentlichen Aushang erfolgen, mit dem über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung zu unterrichten ist.
3. Der Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 37 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.12 Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße –, Satzungsbeschluss
B448-24/12

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Satzungsbeschluss zur Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße – wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs zur Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße – vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt, wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt. Der Oberbürgermeister wird die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis setzen.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I, S. 1509), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 2006 (GVOBl. M-V S. 102), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GVOBl. M-V S. 729), beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße –, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung (Anlage 2).
3. Die Begründung zur Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße – wird gebilligt (Anlage 3).
4. Der Oberbürgermeister gibt den Beschluss der Satzung zur Ergänzung und 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 70 – Gärtnerei Soldmannstraße – gemäß § 10 BauGB ortsüblich bekannt. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: bei 35 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.13 Bebauungsplan Nr. 29 – Gützkower Landstraße –, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (3. Durchgang)
B449-24/12

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (3. Durchgang) zum Bebauungsplan Nr. 29 – Gützkower Landstraße – wie folgt:

1. Der Entwurf (3. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 29 – Gützkower Landstraße – (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf (3. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 29 – Gützkower Landstraße – (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) sind gemäß § 4a Absatz 3 Satz 1 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind zu dem Entwurf (3. Durchgang) zu beteiligen.
   Die öffentliche Auslegung des Entwurfs (3. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 29 – Gützkower Landstraße – sowie dessen Begründung mit Umweltbericht ist ortüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 35 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Oberbürgermeister informiert über Termine und wichtige Ereignisse sowie zwei Beschlüsse des Hauptausschusses. Die Listen werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die Mitglieder des Vereins „Vernetzte Gesundheit e.V." haben aus finanziellen Gründen die Auflösung des Vereins beschlossen.

Das Petruswerk hat mit Bauantrag vom 22.09.2011 den Abriss des Gebäudekomplexes Großer Speicher in der Hafenstraße beantragt. Mit Schreiben vom 28.02.2012 hat das Landesamt für Kultur- und Denkmalpflege den Abrissantrag befürwortet und die Bauaufsichtsbehörde der Stadt hat die Genehmigung erteilt.

Der Oberbürgermeister beabsichtigt, Herrn Dirk Bauer als Ansprechpartner in Angelegenheiten der Korruptionsverhütung einzusetzen.

Beschlusskontrolle zum Beschluss B408-21/11 zur Einteilung der Wahlbereiche
Der Beschluss wurde am 12.12..2011 auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefasst. Mit diesem Beschluss wurde der Oberbürgermeister beauftragt, bis April 2012 einen Neuzuschnitt für 4 oder 6 Wahlbereiche zu erarbeiten. Dieser Vorschlag wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.
Der Oberbürgermeister bittet die Fraktionen bis zur Hauptausschusssitzung am 17.04.2012 um eine entsprechende Entscheidung zwischen beiden Varianten.

Der Oberbürgermeister informiert weiter, dass sich Greifswald in enger Kooperation mit der Universität beim Wettbewerb „Stadt der Wissenschaften" beworben hat. Die Kernidee baut auf positive Erfahrungen des Kommunalen Klimaschutzes auf.

Zu TOP: 7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Cymek:
Herr Cymek hat im Vorfeld eine schriftliche Anfrage zur Gestaltung der Reinigung des Greifswalder Marktes eingereicht. Er erläutert den derzeitigen Stand und schlägt vor, diese Angelegenheit in der Ortsteilvertretung Innenstadt zu beraten und mit der Verwaltung eine Vorortbegehung durchzuführen.

Herr Liedtke:
Herr Liedtke regt für die nächste Bürgerschaftssitzung an, den Leiter des Abwasserwerkes Greifswald, Herrn Lorke zum Thema neue Bauprojekte und deren Auswirkungen auf die Entwässerung der Stadt zu hören. Die Gesamtproblematik ist nicht nur für die Bürgerschaftsmitglieder, sondern die Ortsteile und ihre Bürger von großem Interesse.

Herr Dr. Fassbinder:
Herr Dr. Fassbinder hinterfragt die Pläne der Landesregierung, zahlreiche Amtsgerichte zu schließen. In welcher Form hat der Oberbürgermeister reagiert?

Herr Dr. König, Oberbürgermeister:
Es stimmt, dass der OB angeschrieben wurde. Es ist aber auch ein Thema der Bürgerschaft. Derzeit sind die Bürgermeister und Landräte in der Abstimmungsphase, wie gemeinsam darauf reagiert werden soll.

Herr Dr. Bartels:
Herr Dr. Bartels ist von Bürgern auf das Problem Straßenschäden angesprochen, konkret: Heinrich-Heine-Straße, insbesondere zwischen Klaus-Groth-Straße und Wilhelm-Busch-Straße.

Herr Wixforth, Leiter des Amtes 66:
Der Amtsleiter nimmt die Anregung auf.

Herr Multhauf:
Herr Multhauf hebt die Bedeutung der Wiederbesetzung der Stelle des Leiters der Kanzlei der Bürgerschaft für die Bürgerschaft hervor. Wie wird dieses Problem zeitnah geklärt?
Welche Auswirkungen hat die Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst für die Stadtverwaltung?

Herr Dr. König, Oberbürgermeister:
Die Kanzlei der Bürgerschaft wird interimsmäßig durch die Leiterin der Rechtsabteilung geleitet. Aus dem erweiterten Präsidium war zu hören, dass die Stelle wieder besetzt werden soll.
Die Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst bedeuten für Greifswald 2012 ca. 280.000€ mehr Personalkosten und 2013 weitere ca. 300.000€ über die bisher geplanten Mehrausgaben hinaus.

Zu TOP: 8 Mitteilungen des Präsidenten

Das erweiterte Präsidium hat sich dazu verständigt, die Stelle des Leiters der Kanzlei der Bürgerschaft intern auszuschreiben.

Die nächste Bürgerschaftssitzung wird nicht am 14.05.2012, sondern **am Dienstag, den 15. Mai 2012 um 18:00 Uhr** stattfinden.

Zu TOP: 9 Bestätigung der Niederschrift vom 20.02.2012

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 10 Schluss der Sitzung 20:28 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen:
- Fragen und Antworten zum Stand der Verhandlungen mit Wackerow
- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- Termine/wichtige Ereignisse
- Vorschlag für den Neuzuschnitt der Wahlbereiche